

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



ANTRAG 11.1.

Antrag an das Salzburger Wirtschaftsparlament, Sitzung am 13. Mai 2025

22.04.2025

Bürokratiekosten in Salzburg – differenziert analysieren, gezielt erfassen

Einleitung

Berichtspflichten binden in vielen Salzburger Unternehmen erheblich Zeit und Ressourcen – besonders bei Ein-Personen-Unternehmen (EPU) und kleinen Betrieben. Der Überblick über gesetzliche Vorgaben, Dokumentations- und Meldepflichten wird zunehmend schwieriger.

Eine aktuelle Studie der KMU Forschung Austria zur Bürokratiebelastung in Niederösterreich (2024) zeigt:

Die gewerbliche Wirtschaft gibt dort jährlich rund € 3 Milliarden für Bürokratie aus – das entspricht 53 Millionen Arbeitsstunden bzw. 32.300 Vollzeitäquivalenten. Besonders aufwendig sind Buchhaltung (33%), Steuern (12%) und Lohnverrechnung (11%).

EPU leisten im Schnitt 250 Stunden Bürokratiearbeit pro Jahr – das Fünffache größerer Betriebe. Die Kosten belaufen sich auf etwa 2,5 % des Umsatzes bzw. 10,1 % der Bruttowertschöpfung. Zwischen 2021 und 2023 stieg der Aufwand um 22 %.

Ein Teil entfällt auch auf umwelt- und nachhaltigkeitsbezogene Vorgaben (rund 5,5 %).

Auch wenn manche Meldungen sinnvoll sind, ist es wichtig zu wissen, welcher Aufwand mit welchen Bereichen verbunden ist, um sie auf Wichtigkeit und Notwendigkeit zu überprüfen. Ebenso interessant ist, welche Informationen die einzelnen Gebietskörperschaften (Bund, Land und Gemeinden) von den Betrieben einfordern und verlangen.

Die Grüne Wirtschaft fordert nun eine sachliche Erhebung des tatsächlichen bürokratischen Aufwands. Ziel ist zunächst Transparenz. Für künftige Entlastungen ist es unbedingt notwendig, die Belastungen im Detail zu kennen und gezielt Entlastungsschritte von den einzelnen Gebietskörperschaften einzufordern. Bürokratieabbau ist ein Schlagwort, das wir mit konkreten Forderungen verbinden sollten.

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



Die Grüne Wirtschaft und der Wirtschaftsbund Salzburg stellen daher folgenden Antrag:

Die Wirtschaftskammer Salzburg veranlasst eine detaillierte Erhebung der größten Bürokratietreiber, die den Mitgliedsbetrieben durch gesetzliche, verwaltungstechnische und institutionelle Vorgaben entstehen. Diese Erhebung kann in Form einer Umfrage erfolgen, die folgende Bereiche umfassen soll:

- die wichtigsten Aufwandstreiber identifizieren (Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen, etc.),
- auch den Anteil umweltbezogener Vorgaben sachlich erfassen,
- sowie Unterschiede je nach Branche und Betriebsgröße erheben – insbesondere bei EPU und KMU.

Wir laden alle Fraktionen ein, dieses wichtige Vorhaben zu unterstützen.

Delegierte zum Wirtschaftsparlament

Josef Scheinast (GW)

Horst Köpfelsberger (GW)

Maximilian Gruber (WB)